



5G-Internet nur in Aldenhoven?

Was bleibt vom Versprechen als Modelregion den Strukturwandel zu gestalten?

Bei der Gestaltung des Strukturwandels ist es wichtig, dass die neu zu schaffenden Arbeitsplätze zukunftsfest sind. Der Vorschlag der Strukturkommission im Rheinischen Revier Modelregionen einzurichten, in denen die nächste Generation rasend schnellen Internets praktisch getestet werden können, ist deshalb grundsätzlich völlig richtig.

Eine Kleine Anfrage an die Landesregierung brachte aber nun ans Licht, dass diese bisher überhaupt keinen Plan für die praktische Umsetzung dieser Maßnahme hat. Nur in Aldenhoven, sollen autonome Verkehrskonzepte im Rahmen eines bereits bestehenden Pro-

jekts getestet werden.

Das kann es aber aus meiner Sicht noch nicht gewesen sein. In Bedburg etwa wird daran gearbeitet autonomen Busverkehr bald bereits praktisch umzusetzen. Auch anderswo im Revier gibt es interessante Ideen, die von 5G profitieren könnten.

Ich werde mich dafür einsetzen, dass die neue Technik im ganzen Revier eingesetzt werden kann. Nicht zuletzt geht es auch darum, die vielerorts immer noch schwache Versorgung mit mobilem Internet nach aktuellen Standards schnell zu überwinden.

FDP-Ministerin versorgt Spenderin mit großzügigem Auftrag

Schulministerin Gebauer gerät unter für die freihändige Vergabe eines 600.000 Euro

Auftrags an eine Unternehmerin unter Druck, die 2017 50.000

Euro an

die FDP gespendet hatte. Diese Vergabe mag unter dem Schwellenwert geblieben sein, ab dem ein Auftrag europaweit ausgeschrieben werden muss, aber



den Eindruck der hier entsteht ist eindeutig. Auch in Presse und sozialen Medien wird diese Art der Versorgung von Parteispendern sehr kritisch diskutiert. Dass die Ministerin nun versucht alles formaljuristisch abzubügeln, macht die ganze Sache in meinen Augen noch schlimmer. Gut, dass die SPD-Landtagsfraktion das Thema in den nächsten Schulausschuss tragen wird.

Terminhinweis!

[2. Strukturkonferenz 2019 zum Thema „Strukturwandel der Arbeit“ am](#)

[22.03.2019 in Bergheim.](#)

Strukturkonferenz 2019

Zurück zum 12-Stunden Arbeitstag?

Nach dem Mieterschutz hat die Landesregierung nun ein weiteres Feld gefunden, auf dem sie Regelungen einseitig zu Lasten der normalen Bevölkerung streichen will. Jetzt soll das Arbeitszeit-



gesetz dran glauben, denn EU-Mindeststandards sollen ausreichen. Konkret bedeutet dies: weniger oder gar keine Pausen, „flexible“ Arbeitszeiten mit bis zu 12-Stunden-Tagen.

Ich sage ganz klar, dass die Anforderungen einer digitalisierten Arbeitswelt nicht alleine von den Beschäftigten zu tragen sein dürfen. Moderne Arbeitszeitregelungen müssen Flexibilität ermöglichen, die die Beschäftigten nicht auspresst wie eine Zitrone. Dafür kämpft die SPD gemeinsam mit den Gewerkschaften.

Ihr